

An alle Mitglieder  
der CSU im Bundeswahlkreis München-West/Mitte  
des ASP Bezirksverbands München

Dr. Hans-Peter Uhl, MdB  
Romanstraße 20  
80639 München  
Tel.: 089/13938991  
Fax: 089/13938850  
hans-peter.uhl@wk.bundestag.de

München, 27. August 2010

### **Einladung zum 3. Jour Fixe des ASP-München**

### **Diskussion um die Zukunft der Bundeswehr und der Wehrpflicht**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde und Mitglieder der CSU und des ASP!

Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg, MdB hat die Struktur der Bundeswehr auf den Prüfstand gestellt. Ziel dabei ist es nicht nur die Sparvorgaben des Bundeskabinetts zu erfüllen, sondern vor allem unsere Bundeswehr so aufzustellen, dass sie die gewandelten Aufgaben, die im Zuge der veränderten Sicherheitslage an sie gestellt werden, erfüllen kann. Dabei hat der Bundesverteidigungsminister auch die Wehrpflicht auf den Prüfstand gestellt.

CSU und CDU werden an ihren Parteitag Ende Oktober und Anfang November über die Bundeswehrreform entscheiden. Schon heute wollen wir Sie - die Mitglieder der CSU und des ASP vor Ort - in die parteiinterne Meinungsbildung einbinden. Daher laden wir Sie im Namen der Bundeswahlkreiskonferenz München-West/Mitte und des ASP-Bezirksverbandes ganz herzlich ein zum

**3. außen- und sicherheitspolitischen Jour Fixe des ASP-München**  
**Thema: Die Zukunft der Bundeswehr und der Wehrpflicht**

**Montag, 6. September 2010 um 19.00 Uhr**

**Gaststätte „Löwe und Raute“**

**Nymphenburger Straße 64, 80335 München**

Mit besten Grüßen



Dr. Hans-Peter Uhl, MdB  
Vorsitzender BWK-München-West/Mitte



Andreas Bauer  
stv. Bezirksvorsitzender ASP München

## „Deshalb habe ich den Stein in das nur vordergründig ruhige Wasser geworfen!“

Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg erläutert während der ASP Landesversammlung seine Pläne zur Zukunft der Bundeswehr. Es gehe nicht allein um die Frage, ob die Wehrpflicht erhalten bleibe, sondern darum, die Bundeswehr vor dem Zusammenbruch zu bewahren und ihre Zukunftsfähigkeit zu gestalten.

Mindelheim, 10. Juli 2010: Vor den Delegierten der Landesversammlung des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CSU erläuterte Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg, MdB seine Pläne und Überlegungen zur Zukunft der Bundeswehr. Zunächst unterstrich er sein stetes Anliegen, den Blick der Verantwortlichen und insbesondere der Gesellschaft auf die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr zu lenken. Denn diese engagieren sich für die Sicherheit und Freiheit unter Gefahr ihres Lebens. Diesen Einsatz müsse die Gesellschaft wieder wertschätzen und daher habe Guttenberg kein Verständnis, wenn ihm seine Aussage von kriegsähnlichen Zuständen bei den Einsätzen der Bundeswehr vorgehalten werde. Eine Negierung dieser Tatsache werde der Realität und dem persönlichen Einsatz der Soldatinnen und Soldaten nicht gerecht.

### **Dramatische Unterfinanzierung der Bundeswehr**

Diese Ehrlichkeit gegenüber der Realität will Guttenberg auch bei der Bewertung des Status der Bundeswehr anwenden. Man müs-

se feststellen, dass mit haushaltspolitischem Schieben und Schichten die Bundeswehr in der Vergangenheit am Laufen gehalten wurde. Die Wahrheit sei jedoch, dass die Bundeswehr dramatisch unterfinanziert sei. Und dabei bestünden massive Probleme und Missstände. So verfüge die Bundeswehr über veraltetes Material, das zudem steigende Kosten allein für die Instandhaltung verursache. Die Infrastruktur sei - neutral formuliert - unattraktiv. Von der Truppenstärke von 252.000 seien nur 9.000 für Auslandseinsätze fähig, was zu einer derzeitigen Überforderung der Bundeswehr führe. Zu all diesen Problemen komme noch hinzu, dass sich die sicherheitspolitischen Aufgabenanforderungen verschoben und nachhaltig verändert haben. Guttenberg kam hinsichtlich des Zustands der Bundeswehr zu dem Fazit: „Ein weiter so, ist nicht machbar und nicht darstellbar.“ Denn nur für den Erhalt der gegebenen Struktur für Personal und Material ohne Investitionen entstehe ein Mehrbedarf von 5,6 Milliarden Euro bis 2014. Der Verteidigungsminister betonte, dass allein diese Zahl belege, welcher Veränderungsbedarf bestehe, damit „wir die Bundeswehr nicht zu Grabe tragen.“

### **Veränderungen auch ohne Sparauftrag der Bundesregierung notwendig**

Guttenberg verdeutlichte die Lage: allein wenn die Politik nichts täte und sich über die Zeit rettete, würden die Kosten für die

Bundeswehr erheblich steigen. Allein daraus bestehe der dringende Bedarf zu einer Reform. Hinzu komme der Sparauftrag der Bundesregierung. Unabhängig von diesem Sparauftrag will Guttenberg eine Reform der Bundeswehr erwirken, die nicht aufgrund der Kassenlage notwendig sei, sondern allein den Erhalt und die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr zum Ziel habe.

### **Kern der anstehenden Reform**

Politisch betrachtet ist für Guttenberg der Auftrag an die Unionsparteien klar. „Wir dürfen die Bundeswehr nicht zu Grabe tragen, sondern müssen ihre Zukunftsfähigkeit gestalten!“ Dabei sei für ihn entscheidend, dass nicht nur bis an den nächsten Wahltag gedacht werde. Im Vordergrund müsse die langfristige Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr stehen. „Wie können wir zukunftsfest Freiheit und Sicherheit unseres Landes leisten?“ Dies sei die entscheidende Frage bei allen derzeit laufenden Überlegungen und Aufregungen. Guttenberg liegt viel daran, diese Frage ins Zentrum aller Überlegungen zu stellen. „Deshalb habe ich den Stein in das nur vordergründig ruhige Wasser geworfen!“ Die Antwort und Lösung könne nämlich nicht einfach sein, Personal abzubauen.

### **Zukunft der Wehrpflicht**

Beim Thema Personal widmete sich Guttenberg der Frage der Zukunft der Wehrpflicht und betonte, dass CDU und CSU immer Parteien der Wehrpflicht und der Sicherheit

#### **Impressum:**

Herausgeber:  
ASP München, André Günther, Guntherstr.  
23, 80639 München, Email: andremichael.guenther@t-online.de  
Redaktion: Andreas Bauer, Richard Riemerschmid-Allee 10; 81241 München, Email: andreas.bauer.csu@t-online.de  
Im Sinne des Gesetzes über die Presse vom 3. Oktober 1949 ist für die Zeitung der Bezirksverband des ASP München verantwortlich, für namentlich gekennzeichnete Artikel der jeweilige Verfasser.

gewesen seien. Man müsse sich der Frage der Wehrpflicht ebenfalls ehrlich annähern. Dann erkenne man, dass die Wehrpflicht von heute auch nicht mehr diejenige der ursprünglich angedachten Form sei. Hinter die Wehrgerechtigkeit müsse ein großes Fragezeichen gesetzt werden. Heute würden nur noch 16 bis 18 Prozent der Jahrgänge zur Bundeswehr gehen. Neben dieser vor Gericht wackelnden Wehrgerechtigkeit komme ein zweiter Aspekt hinzu: die Landesverteidigung als sicherheitspolitische Begründung der Wehrpflicht habe an Bedeutung verloren. Dem Verteidigungsminister ist wichtig, eine langfristige tragfähige Zukunftslösung zu finden. Ziel müsse es dabei sein - ob mit oder ohne allgemeiner Wehrpflicht - diejenigen 16 bis 18 Prozent, die heute schon zur Bundeswehr gehen auch zukünftig zu gewinnen. Dies bedeute jedoch nicht, dass die Wehr-

pflicht aus dem Grundgesetz gestrichen werden solle und dürfe, sie könnte höchstens ausgesetzt werden. Guttenberg sieht in der Debatte um die Zukunft der Bundeswehr und der Wehrpflicht eine große Chance für die CSU, einen gesellschaftspolitischen Diskurs positiv zu gestalten.

### **Weitere Schritte**

Auch wenn die Medien teilweise andere Aussagen vermeldet haben, so sei die Wehrpflicht laut Guttenberg noch lange nicht ausgesetzt. Es gehe darum, allein aufgrund des derzeitigen Standes der Bundeswehr diese zukunftstragend zu reformieren. Das Bundesverteidigungsministerium wird bis Ende der Sommerpause verschiedene Optionen und Entwicklungsmodelle erarbeiten, die letztendlich in die Diskussion der Politik einfließen sollen. Der CSU Parteitag wird sich dann Ende Oktober und der CDU

Parteitag Mitte November mit der Thematik befassen.

Zuletzt unterstrich Guttenberg noch einmal die grundsätzliche Notwendigkeit zu einer Reform der Bundeswehr, damit diese bestmöglich vorbereitet und ausgerüstet die zukünftigen Herausforderungen und vielfältigen Aufgaben annehmen kann - unabhängig von der Kassenlage des Bundes. Zudem bat er darum, nicht allen Untergangsszenarien zu glauben, die derzeit im Zusammenhang mit der Bundeswehr, deren Ausrüstung, den Investitionsaufträgen und der Wehrpflicht gepflegt würden. Für ihn sei entscheidend, dass die Politik ihrer Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr sowie die Soldatinnen und Soldaten gerecht werde.

*Andreas Bauer*

## **Gedanken zur Diskussion um die Reform der Bundeswehr von Klaus Coenen**

Die derzeitige Diskussion um die Reform ist verengt auf Fragen des Personalumfangs, des Verteidigungshaushalts, die Standortdebatte und vor allem des Für und Wider in Sachen Wehrpflicht unter Wiederholung bekannter Argumente. Emotionale Äußerungen wie Identität der Partei oder Partei der Wehrpflicht helfen dabei nur wenig weiter in dieser wesentlichen Entscheidung unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Grundlage aller sicherheitspolitischer Überlegungen ist und bleibt eine Analyse aktueller wie künftiger Herausforderungen und Bedrohungen, auch solcher, die heute als unwahrscheinlich oder gar utopisch erachtet werden. Wer hatte mit der deutschen Einigung oder der Form der Anschläge des 11. September gerechnet?

Das Argument, uns bedrohen kein Massenheere aus dem Osten mehr, die Bundesrepublik ist von Freunden umgeben, ist richtig.

Ebenso richtig ist die Aussage, daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um unsere Armee im Einsatz mit allem auszurüsten, was Leben schont und die Auftragsdurchführung optimiert. Auch Führungsstruktur und Organisationsform wie dem Zeitgeist geschuldete Einteilungen in Stabilisierungskräfte usw. bedürfen ohne Rücksichtnahme auf innenpolitische Befindlichkeiten der Anpassung an heutige Notwendigkeiten.

Ist deswegen, so eine Standardrendensart, die Wehrpflicht überholt?

Ja, wir sind, gottlob, nur von Freunden umgeben. Aber, mit Ausnahme Frankreichs, nur von militärisch schwachen Staaten und sol-

chen, die unter den Schutzschirm der NATO geflüchtet sind, dem wir viel zu verdanken haben. Als größtes europäisches NATO-Land in der Mitte Europas haben wir hier eine unbestreitbare Pflicht der Solidarität im Bündnis, auch mit dem Vorhalten hinreichender Kräfte zur Verteidigung der Landes- wie der Bündnisgrenzen. Nur ein hinreichendes Kräftedispositiv macht gegen Erpressung und Bedrohung immun, gewährleistet Abschreckung.

Ja, es geht von der Russischen Föderation, die nicht einmal auf Großkatastrophen auf eigenem Territorium angemessen reagieren kann und in deren Interesse aus mannigfachen Gründen mittelfristig eine enge Kooperation mit der EU liegt, akut keine Bedrohung aus. Aber wie agiert eine nach alter Größe und Anerkennung als

Weltmacht sich sehnenende Atom-macht unter einem nächsten Prä-sidenten (Putin?) im „Nahen Aus-land“, bei einem angeschlagenen Amerika und einer ausgehöhlten NATO? ( vgl. Georgien ).

Ja, wir müssen die Strukturen der Bundeswehr besser den Erforder-nissen des Einsatzes anpassen und die erforderlichen Mittel bereitstel-len. Aber ist damit allein den si-cherheitspolitischen Interesse Deutschlands ausreichend Rech-nung getragen?

Sie alle kennen die breite Palette der Herausforderungen durch Kriege und Konflikte, die in einer globalisierten Welt nur noch schwer lokal zu begrenzen sind, die Gefahren, die von Massenver-nichtungsmitteln, zerfallenden Staaten, Extremismus, Terrorismus und organisierter Kriminalität aus-gehen, die Folgen von Ressourcen-vernappung, Klimawandel, Armut, Seuchen, Bevölkerungswachstum, Wanderbewegungen und Migrati-on, die Gefährdung von Handels-wegen und -räumen, wie der Ener-giesicherheit, dazu vielfältige For-men des Eingriffs in die moderne Infrastruktur, wie z.B. Cyber War.

Hier brauchen wir die hochmoder-ne Armee mit der Fähigkeit zu globaler Machtprojektion. Dabei ist nicht zu verkennen, daß Einsätze wie der in Afghanistan künftig unwahrscheinlicher sein werden. Zum einen, weil die postheroische Gesellschaft immer weniger bereit ist, derartige Interventionen mitzu-tragen. Zum anderen, weil nach dem schnellen Ende des „amerika-nischen Jahr-hunderts“, dem Ende der Unipolarität, dem schnellen Veränderungsprozess hin zu einem multipolaren Ordnungssystem bei langsamer Verschiebung des glo-balen Gleichgewichts einem Agie-ren des „Westens“ in bisheriger Form zunehmend Grenzen gesetzt sein werden.

So unwahrscheinlich die unmittel-bare Bedrohung der Bundesrepub-

lik durch einen Nachbarstaat ist, es bedarf einer bewaffneten Kompo-nente, die Sicherungs- und Kata-strophenschutzaufgaben auf deut-schem Territorium wahrnehmen kann. Ein Szenarium, in dem Deutschland zum Ziel breit an-gelegter Angriffe „asymmetrischer Natur“ wird, ist durchaus real. Poli-zeikräfte allein sind bei derartigen Aktionen nach Zahl, Ausbildung und Ausrüstung nicht in der Lage, Bevölkerung wie unsere hochkom-plexe Infrastruktur (Kernkraftwer-ke, Staudämme, Flughäfen, Kom-munikationsknoten usw.) adäquat zu schützen. Und auch in Mitteleu-ropa wächst die Gefahr erheblicher Naturkatastrophen, zu deren Be-wältigung die Kräfte der Feuer-wehren, des THW und der Hilfsor-ganisationen nicht hinreichen.

Derartige Aufgaben sind mit einer kleinen, auf Auslandseinsätze op-timierten, modernen Bundeswehr nicht zu meistern. Hier bedarf es neben der auf diesen Auftrag aus-gerichteten Truppe einer „Heimat-schutzkomponente“ in der auch der nur 6 Monate ausgebildete Wehrpflichtige nicht nur seinen Platz findet sondern unabdingbar ist.

Nur mit der Wehrpflicht und einem adäquaten Reservistenkonzept kann die für diese denkbaren Fälle ggfls. Erforderliche Aufwuchsfä-higkeit gewährleistet werden. Wer den Aufbau der Bundeswehr miter-lebt oder gar mitgestaltet hat, weiß, welchen Aufwands es be-darf, die Aussetzung der Wehr-pflicht im Falle eines Falles zu wi-derrufen, von politischen Implika-tionen ganz zu schweigen.

Der Bundesminister der Verteidi-gung war zum schnellen Aufgrei-fen der sicherlich auch sonst not-wendig gewordenen Reform durch die unstrittigen Sparzwänge ge-fordert. Dabei hat er im Bundes-kabinettt Maßstäbe gesetzt. Eine Diskussion der Auswirkungen auf den Bundeshaushalt - nicht Auf-

gabe des BMVg - wird bis heute vermißt. Wird die Einsparung im Einzelplan 14 (Verteidigung) durch Erhöhung des Bedarfs im Sozial-haushalt zum Nullsummenspiel zu Lasten unserer Sicherheit?

Ein Letztes. Mit Ausnahme eines Einsatzes der KSK zur Rettung deutscher Staatsbürger o.ä. bzw. der Hilfe bei Katastrophen ist ein Einsatz unsere Bundeswehr im Ausland derzeit nur im Verbund mit EU, NATO- oder Streitkräften weiterer Staaten und entspre-chender Mandatierung absehbar.

Unabdingbar gehört in die Re-formdiskussion daher auch die Frage einer engeren Abstimmung und Aufgabenteilung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSV) der Europäischen Union. Langfristiges Ziel muß hier eine Europäische Armee sein, eine Armee mit EU-Status, also über die im Vertrag von Lissabon hinaus gefundene Formel einer Aufgabenerfüllung „mit Hilfe der Fähigkeiten, die von den Mitgliedsstaaten bereitgestellt werden“. Dies ist ein mühevoller Weg mit vielen Zwischenschritten und Verzicht auf nationalstaatliche Traditionen. Aber er muß, will die EU den ihr gebührenden Platz in der globalen Ordnung einnehmen, aber auch in Anbetracht der Spar-zwänge aller EU -Staaten gegang-en werden. Die Lage erfordert einen ersten mutigen Schritt in diese Richtung, wie insgesamt es an der Zeit ist, Denkverbote und Tabuisierungen zu überwinden, im Interesse unser aller Sicherheit selbstauferlegte Gebote und über-interpretierte Auslegungen unse-res Grundgesetzes zu hinterfragen und ggfls. daraus die notwendigen gesetzlichen Konsequenzen einer gereiften Demokratie zu ziehen. Im Zusammenhang mit der Reform-diskussion ist hier die dem Sicher-heitsbedürfnis unseres Staates und seiner Bürger unter heutiger Be-

drohungslage nicht mehr gerecht werdende und faktisch überholte Trennung von Innerer und Äußerer Sicherheit zu sehen. Es bedarf hier dringend des Mutes der Politik und ihres Vertrauens in die demokratisch legitimierten Staatsorgane.

Der politisch denkende Staatsbürger erwartet hier entsprechende Initiativen, auch und gerade im Kontext mit der Frage der Wehrpflicht (12a GG) und ihrer künftigen Ausgestaltung.

Klaus Coenen

PS: Im Zusammenhang mit GASP u.GSV wird auf den Entwurf eines Positionspapier des Fachausschusses Europa zur Europäischen Sicherheitspolitik verwiesen.

## 18.06.2010 Auf Einladung MdB Dr. Hans-Peter Uhl in Berlin

Zehn Mitglieder des ASP nutzten die Chance der Einladung zu einer Informationsfahrt vom 15.-18. Juni nach Berlin. Diese Plätze waren großzügig für den ASP München reserviert worden.

durst insbesondere der Damen und jüngeren Teilnehmer so groß, daß der launig vortragende Oberstleutnant, der im Übrigen alle Fragen souverän zu beantworten wusste, seinen Standardvortrag deutlich verkürzen musste.

Ein Höhepunkt dann das Gespräch mit unseren Abgeordneten Dr. Uhl, der den Besuchern die Augen öffnete mit der Schilderung der Arbeitsbelastung eines engagierten MdB anhand seines Terminkalenders –

Die Rückfahrt nach München verging bei heftiger Diskussion über das Erlebte wie im Flug.

Dank der guten Organisation wie routinierten Führung der Reise durch Herrn Döring erlebten alle Teilnehmer ohne Stress eine gelungene Mischung aus Politik, Kultur und leiblichen Genüssen in ausgewählten Lokalitäten. Auch ihm gebührt aufrichtiger Dank.

Vielleicht sollten Sie sich entschließen, das nächste Mal mit dabei zu sein. Sie haben diesmal etwas verpaßt.

Klaus Coenen



Im bequemen Reisebus ging es mit hinreichenden Pausen und der Gelegenheit zu intensiven Gesprächen am ersten Tag nach Berlin, wo der Abend für Kultur oder Kneipenbummel zur Verfügung stand. Früh am zweiten Tag ging es zum Deutschen Bundestag, vorbei an den langen Besucherschlangen, echter VIP Service. Nach informativem Vortrag blieb Zeit zur Besichtigung und dem Genuss des großartigen Ausblicks über Berlin von der Reichstagskuppel. DDR Museum, eine Stadtrundfahrt mit einer hervorragenden Führerin, ein Bummel über den Gendarmenmarkt und als weiterer Höhepunkt ein Empfang in der Landesvertretung unseres Freistaats beendeten den gelungenen Tag. Mit dem Besuch des BMVg begann der dritte Tag frühmorgens. Dabei war der Wissens-

tauschen wollte da niemand – und der offen Stellung bezog zu den aktuellen Tagesfragen vom Euro bis zur Arbeit in der Koalition. Auf die Fragen vom Münchner Südring bis zur Inneren Sicherheit blieb er keine Antwort schuldig. Es herrschte anschließend Einigkeit, daß eine solche Offenheit und Ehrlichkeit, würde sie überall geübt, der Politikverdrossenheit der Bürger Einhalt gebieten könnte. Ihm gebührt besonderer Dank für die Einladung wie die trotz aller Belastungen für die Besucher freigehaltene Zeit. Ein anschließender Besuch des Deutschen Doms brachte allen nochmals die Entwicklung der Parlamentarischen Demokratie eindringlich ins Gedächtnis zurück. Mit einem Besuch der Altstadt Potsdams und des Parks von Sanssouci endete das Programm.

### Terminhinweise:

Montag, 6. September, 19 Uhr  
**3. Jour Fixe des ASP BV**  
mit dem stv. ASP Landesvorsitzenden Dr. Hans-Peter Uhl  
**Thema: Die Zukunft der Bundeswehr und der Wehrpflicht**  
Gaststätte „Löwe und Raute“  
Nymphenburger Str. 64  
U-Bahn Maillingerstraße  
vgl. Seite 1

Samstag, 11. September, 10 Uhr  
Hanns-Seidel-Stiftung  
**Außenpolitische Anforderungen an die Bundesrepublik Deutschland**  
Konferenzzentrum München, Lazarettstraße 33

Montag, 25. Oktober, 18.30 Uhr  
**ASP Kreisverband Süd**  
Vortrag von Prof. Dr. Ortwin Buchbender zur **VR China**  
„Fahrgaststätte Alter Wirt“  
Forstenrieder Allee 187